



Brief aus Berlin

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

Liebe Leserinnen und Leser,

die Entscheidung des Bund-Länder-Gipfels vom Montag letzter Woche für eine Osterruhe hat in der Öffentlichkeit und auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion viel Kritik ausgelöst. Die Bundeskanzlerin hat sich daraufhin erneut mit den Ministerpräsidenten beraten und die geplanten Ruhetage für Gründonnerstag und Karsamstag wurden zurückgenommen. In einem Statement hat die Kanzlerin die Fehlentscheidung eingeräumt und bei den Bürgerinnen und Bürgern für die daraus entstandenen Unsicherheiten um Verzeihung gebeten. Bei aller Kritik verdienen ihre Worte Respekt.

Wichtig ist, dass Impfen und Testen schnell vorangetrieben und bei den Corona-Maßnahmen neben dem Inzidenzwert auch weitere Faktoren, wie zum Beispiel die Auslastung der Intensivbetten in den Krankenhäusern, berücksichtigt werden.

Herzliche Grüße,

Ihre Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB



Bundestagsabgeordnete
Verschärfungen Transparenz-
und Verhaltensregeln > S. 3



Klimapaket wirkt
Klimaziel 2020
wird erreicht > S. 6



Steigerwaldbahn-Trasse
Chancen für modernes
ÖPNV-Pilotprojekt > S. 8

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Verbesserungen bei den November- und Dezemberhilfen erzielt

Wichtiger Erfolg für Brauereigaststätten

Gute Nachrichten für die Brauereien in der Region: Die November- und Dezemberhilfen werden nachgebessert. „Jetzt sind auch Unternehmen mit angeschlossener Gaststätte antragsberechtigt und zwar unabhängig von den Umsätzen des restlichen Unternehmens. Gerade für unsere Brauerei-Gaststätten ist das ein wichtiger Erfolg. Auch Vinotheken von



Weingütern und Heckenwirtschaften profitieren von der Lösung, auf die sich die Bundesregierung in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern verständigt hat. Erst kürzlich haben wir als CSU-Bundestagsabgeordnete in der Sitzung der Landesgruppe immensen Druck auch auf Bundesfinanzminister Scholz ausgeübt und immer wieder auf die dringende Notwendigkeit der weiteren Verbesserungen hingewiesen. Ich bin sehr froh, dass unser stetes Werben Wirkung gezeigt hat“, erklärt die CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber.

Die Antragstellung für die November- und Dezemberhilfe ist bis zum 30. April 2021 möglich. Mit der November- und

Dezemberhilfe können Unternehmen Zuschüsse in Höhe von bis zu 75 Prozent des Umsatzes aus dem Vorjahreszeitraum erhalten. „Der jetzt erleichterte Zugang zur November- und Dezemberhilfe wird vielen Brauereien und Weingütern helfen, die schwere Belastung durch die Corona-Pandemie zu lindern“, freut sich Weisgerber.

Faktencheck | Corona-Impfstoff

Die Impfungen gegen das Coronavirus nehmen ab April Fahrt auf. Neben den Impfzentren werden in Deutschland nach Ostern schrittweise die Hausärzte in die Impfkampagne einbezogen. Bis zum Ende des Sommers sollen alle, die möchten, ein Impfangebot erhalten.

Gegen das Coronavirus (SARS-CoV-2) wurden bislang vier verschiedene Impfstoffe in der Europäischen Union zugelassen – die der Firmen BioNTech/Pfizer, Moderna, AstraZeneca und Johnson&Johnson. Drei weitere Anträge auf Zulassung liegen vor.

→ [Alles Wissenswerte gibt es im Faktencheck Corona-Impfstoff.](#)





Verschärfungen der Transparenz- und Verhaltenspflichten

Lobbytätigkeit von MdB und die Annahme von Geldspenden sind künftig verboten

CDU/CSU und SPD haben sich auf umfassende Verschärfungen der Transparenz- und Verhaltenspflichten für Abgeordnete des Deutschen Bundestages verständigt. Einnahmen aus anzeigepflichtigen Nebeneinkünften müssen künftig auf Euro und Cent genau angegeben werden.



Verboten werden künftig die Lobbytätigkeit von MdB und die Annahme von Geldspenden. Offengelegt werden müssen Beteiligungen an Gesellschaften und Einnahmen daraus. Darüber hinaus wird ein hartes Sanktionsregime mit Ordnungsgeld bei Verstoß eingeführt. Einnahmen aus verbotenen Tätigkeiten können künftig abgeschöpft werden. „Es ist bitter, wenn Verfehlungen einzelner Ex-Unions-Abgeordneter den Bundestag und die ganze Mannschaft in Misskredit bringen“, betont **Dr. Anja Weisgerber**.

Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Wir müssen alles dafür tun, dass Korruption, Bestechlichkeit und unmoralische Geschäftemacherei keinen Platz im Deutschen Bundestag haben. Gemeinsam in der Koalition wollen wir daher Abgeordneten verbieten, für Dritte bezahlte Lobbytätigkeit gegenüber der Bunderegierung und dem Bundestag auszuüben.“

Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Deutschen Bundestag: „Wir machen unmissverständlich deutlich, dass das Mandat im Vordergrund steht und dass Transparenz und strenge Verhaltensregeln zwingend die Grundlage für die Arbeit im Parlament und das Vertrauen gegenüber dem Parlament sind.“

Einigung der Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD auf Eckpunkte für mehr Transparenz

1. **Anzeigepflichtige Einkünfte** aus Nebentätigkeiten und Unternehmensbeteiligungen werden künftig **betragsgenau** (auf Euro und Cent) veröffentlicht. Einkünfte sind künftig anzeigepflichtig, wenn sie im Monat den Betrag von 1.000 Euro oder bei ganzjährigen Tätigkeiten im Kalenderjahr in der Summe den Betrag von 3.000 Euro übersteigen.



2. **Beteiligungen sowohl an Kapitalgesellschaften als auch an Personengesellschaften** werden künftig bereits ab **5 Prozent** (bislang: 25 Prozent) der Gesellschaftsanteile angezeigt und veröffentlicht.
3. Auch **Einkünfte aus anzeigepflichtigen Unternehmensbeteiligungen** (z.B. Dividenden, Gewinnausschüttungen) werden anzeige- und veröffentlichungspflichtig.
4. **Aktioptionen** werden künftig anzeige- und veröffentlichungspflichtig sein und zwar unabhängig von der Frage, ob sie einen bezifferbaren Wert haben. Von der Anzeigepflicht sollen auch vergleichbare Finanzinstrumente umfasst sein.
5. **Von Dritten bezahlte Lobbytätigkeit von Bundestagsabgeordneten** gegenüber der Bundesregierung oder dem Bundestag wird **gesetzlich verboten**. Fragen der konkreten Abgrenzung und Definition müssen noch im Gesetzgebungsprozess geklärt werden. Ehrenamtliche Tätigkeiten gegen Aufwandsentschädigung, etwa im Vorstand eines Vereins, sollen erlaubt bleiben, sofern die Aufwandsentschädigung verhältnismäßig ist.
6. **Honorare für Vorträge** im Zusammenhang mit der parlamentarischen Tätigkeit werden **untersagt**.
7. Der **Missbrauch der Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag zu geschäftlichen Zwecken** ist schon heute gemäß der Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages unzulässig, führt aber zu keiner Sanktion. Wir werden das ändern und den Missbrauch künftig gesetzlich verbieten.
8. **Abschöpfung verbotener Einnahmen:** Wenn Abgeordnete ihre Mitgliedschaft missbrauchen oder gegen das gesetzliche Verbot der entgeltlichen Interessenvertretung für Dritte verstoßen und hierdurch Einnahmen erzielen, sind diese Einnahmen an den Bundestag abzuführen.
9. Für die Fälle der Nummer 5 bis 7 wird als zusätzliche Sanktion auch ein **Ordnungsgeld** verhängt.
10. **Reform des § 108e StGB (Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit).**
11. Die Entgegennahme von **Geldspenden durch Abgeordnete** wird verboten.
12. Die Koalition wird weitere Regelungen für mehr Transparenz im Parteiengesetz vorschlagen.





Sitzung des CSU-Parteivorstands

Strengere Nebeneinkünfte-Regeln

Die CSU hat sich einen strengeren parteiinternen Umgang mit Nebeneinkünften von Mandats-trägern auferlegt. Einstimmig beschloss der Parteivorstand einen zehn Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog, welcher etwa vorsieht, dass alle amtierenden und alle künftigen Mandats-träger volle Transparenz bei ihren Nebeneinkünften gewähren und diese Partei und Parlamenten offenlegen müssen. „Die CSU zieht scharfe Konsequenzen, um Integrität herzustellen und Vertrauen zurückzugewinnen. Keine halben Sachen: Wir wollen volle Transparenz und schaffen Möglichkeiten für Sanktionen bei Fehlverhalten. Ein Mandat muss Hauptaufgabe sein“, sagte der Parteivorsitzende Söder.

CSU-Generalsekretär Markus Blume ergänzte: „Die CSU schnürt ein umfassendes Compliance-Paket. Absolutes Tätigkeitsverbot für bezahlte Interessenvertretung, Offenlegung aller Nebeneinkünfte, Integritätserklärung und Einsetzung einer Compliance-Kommission. Das ist einmalig unter den deutschen Parteien.“ Die neu eingerichtete Compliance-Kommission soll die Einhaltung der neuen Verhaltensregeln sicherstellen. Das Gremium soll von Bayerns ehemaligem Justizminister Winfried Bausback geleitet werden.



→ [Zum Beschluss des Parteivorstands](#)

Planungssicherheit für Saisonarbeitskräfte

Das Bundeskabinett hat eine Formulierungshilfe beschlossen, mit der der Einsatz von Saisonarbeitskräften insbesondere in der Landwirtschaft gesichert werden soll. Unsere Obst- und Gemüsebaubetriebe brauchen in der bevorstehenden Hochsaison jede helfende Hand, um unsere hochwertigen regionalen Lebensmittel vom Feld auf unsere Teller zu bringen. Ohne die Unterstützung durch ausländische Saisonarbeitskräfte würden zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland in Existenznot geraten.

Daher soll die kurzfristige Beschäftigung befristet und rückwirkend zum 1. März bis 31. Oktober 2021 auf höchstens 102 Arbeitstage oder vier Monate ausgeweitet werden. Darauf hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gedrängt – mit Erfolg. Die neuen Regelungen sind für unsere Landwirte eine deutliche Erleichterung und bieten ihnen Planungssicherheit. Wir werden unmittelbar nach Ostern im Deutschen Bundestag diese Neuregelung in Gesetzesform gießen.



Umweltbundesamt stellt deutsche Klimabilanz vor – Klimapaket wirkt

Klimaziel 2020 wird erreicht

Das Umweltbundesamt (UBA) hat am 16. März 2021 die neuesten Klimazahlen vorgelegt. „Wir erreichen unser Klimaziel für 2020 und das ist ein Erfolg unserer gemeinsamen Klimapolitik“, freut sich die Schwebheimer Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber, die Klimabeauftragte ihrer Fraktion ist. Die Vorgabe, bis 2020 die CO₂-Reduktionen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, konnte mit knapp 41 Prozent erfüllt werden. „Allen Unkenrufen zum Trotz ist dies nicht nur auf Corona-Effekte zurückzuführen. Zu einem großen Teil liegt dies an unserem konsequenten Handeln beim Klimaschutz und am historischen Klimaschutzpaket von 2019, das seine Wirkung zeigt. Der Dreiklang aus Anreizen und Maßnahmen zum Umstieg auf klimafreundliche Technologien, mehr Verbindlichkeit in allen Sektoren und der CO₂-Bepreisung funktioniert und das ist gut so“, so Weisgerber. Das UBA geht nach derzeitigem Stand der Dinge davon aus, dass ohne den Corona-Effekt die CO₂-Reduzierung im Bereich „39 Prozent plus minus“ liegen würden. Damit hätte Deutschland das Klimaziel von 40 Prozent auch ohne Corona fast erreicht und nur knapp verfehlt.



Das Klimapaket besteht aus drei Teilen: Einem Klimaschutzgesetz, das jährlich Sektorziele für Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude, Energiewirtschaft, Industrie und Abfallwirtschaft vorsieht, einem umfassenden Maßnahmenkatalog und der CO₂-Bepreisung auf fossile Kraftstoffe. Die deutsche Klimabilanz gibt nun Aufschluss darüber, wo wir mit unseren Klimaschutzbemühungen stehen. „Die Zahlen zeigen einen klaren Abwärtstrend und dass wir mit unserer deutschen Klimapolitik auf einem guten Kurs sind.“

Besonders positiv hat die Energiewirtschaft abgeschnitten. Dies ist insbesondere auf den Kohleausstieg zurückzuführen und darauf, dass die erneuerbaren Energien wettbewerbsfähiger geworden sind und weiter ausgebaut wurden. Daneben konnte der Industriesektor seine Emissionen merklich mindern, nicht zuletzt mit der Hilfe des Dekarbonisierungsprogramms zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in industriellen Prozessen, das vom Bund mit zwei Milliarden Euro ausgestattet wurde.

Der Verkehrssektor hat sein Ziel erreicht, was jedoch auch auf die verminderte Mobilität im vergangenen Jahr zurückzuführen ist. Strukturell gab es im Verkehrssektor aber ebenfalls Verbesserungen, beispielsweise was die Zunahme der Zulassungen von Elektroautos betrifft, die im Rahmen des Konjunkturprogramms des Bundes stark gefördert werden. „Es gilt jetzt, unseren Weg konsequent weiterzugehen und in den Anstrengungen nicht nachzulassen, denn Klimaschutz ist ein Marathon und kein Kurzstreckenlauf“, so Weisgerber.

Der Verkehrssektor hat sein Ziel erreicht, was jedoch auch auf die verminderte Mobilität im vergangenen Jahr zurückzuführen ist. Strukturell gab es im Verkehrssektor aber ebenfalls Verbesserungen, beispielsweise was die Zunahme der Zulassungen von Elektroautos betrifft, die im Rahmen des Konjunkturprogramms des Bundes stark gefördert werden. „Es gilt jetzt, unseren Weg konsequent weiterzugehen und in den Anstrengungen nicht nachzulassen, denn Klimaschutz ist ein Marathon und kein Kurzstreckenlauf“, so Weisgerber.



Harte Strafen für und Kinderpornografie

Verschärfungen im Sexualstrafrecht

Der Bundestag hat dem sexuellen Missbrauch der Schwächsten unserer Gesellschaft den Kampf angesagt und jetzt ein ganzes Paket an Maßnahmen beschlossen: Wer Kinder missbraucht, wer Missbrauchsbilder konsumiert oder verbreitet, muss in Zukunft mit der ganzen Härte des Strafrechts rechnen. Besonders wichtig: Der sexuelle Missbrauch wird künftig als das bestraft, was er ist – ein Verbrechen. Mit dieser Verschärfung werden die Strafen deutlich angehoben. Damit wird eine jahrelange Forderung von CDU und CSU Gesetz. Bewährungsstrafen für Täter werden künftig die Ausnahme sein. Richter können leichter Untersuchungshaft und Sicherungsverwahrung anordnen. Auch Verbreitung, Besitz und Besitzverschaffung von Kinderpornografie werden künftig im Strafgesetzbuch als Verbrechen eingestuft.



Harte Strafen für Missbrauchstäter sind notwendig. Genauso wichtig ist aber die Verhinderung künftiger Taten. Wir wollen vor allem auch Übergriffe verhindern, also präventiv vorgehen. Einschlägig Vorbestrafte dürfen keine weiteren Kinder mehr missbrauchen können. Gefährliche Wiederholungstäter bekommen deswegen einen lebenslangen Eintrag im erweiterten Führungszeugnis. Damit werde sichergestellt, dass gefährliche Täter nicht mehr in der ehrenamtlichen Kinder- und Jugendarbeit, also zum Beispiel im Sportverein, tätig sein können.

CDU/CSU haben sich außerdem dafür stark gemacht, dass „Kindersexpuppen“, also Sexpuppen mit kindlichem Erscheinungsbild, verboten werden. Solche Puppen seien eine Eintrittspforte in den sexuellen Missbrauch. Das neue Gesetz enthält noch weitere Maßnahmen zum Schutz von Kindern: Polizei und Staatsanwaltschaft können in Fällen von sexuellen Übergriffen gegen Kinder und Kinderpornografie künftig besser Telefon und Internet überwachen sowie Online-Durchsuchungen durchführen. Für Richter und Staatsanwälte sind besondere Qualifikationsanforderungen vorgesehen. Strafverfahren mit minderjährigen Opfern sollen künftig beschleunigt werden.

Bei diesem Gesetz wird es nicht bleiben, denn weitere Maßnahmen im Kampf gegen den sexuellen Missbrauch sind in Arbeit. In Kürze sollen die Durchsuchungen zur Nachtzeit so erleichtert werden, dass Kinderstraftäter bei offenem Rechner erwischt werden können. Außerdem soll die Strafbarkeit von Kinderpornografie-Plattformen in Kürze verschärft werden.



Geringes Fahrgastpotenzial der Steigerwaldbahn

Neue Chancen für die Modernisierung des ÖPNV mit einem Pilotprojekt

Die von der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) veröffentlichte Potenzialanalyse zur Reaktivierung der Steigerwaldbahn zeigt, dass die erforderlichen Fahrgastzahlen bei weitem nicht erreicht werden. Damit eröffnet sich damit die Möglichkeit, auf der vorhandenen Trasse ein

bundesweit einmaliges Pilotprojekt für einen zeitgemäßen, modernen, flexiblen und ökologischen Öffentlichen Personennahverkehr zu verwirklichen.



Staatssekretär Gerhard Eck führt deshalb seit geraumer Zeit, gemeinsam mit seinen Abgeordnetenkolleginnen Dr. Anja Weisgerber und Barbara Becker, intensive Gespräche mit dem Bundesverkehrsministerium, dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, der Deutschen Bahn und dem in Schweinfurt beheimateten Unternehmen ZF, um ein Verkehrskonzept auf der Bahntrasse

der ehemaligen Steigerwaldbahn zu entwickeln, das all diesen Ansprüchen genügt. Es beinhaltet, auf der gesamten Strecke zwischen Schweinfurt und Kitzingen, ein kombiniertes Verkehrssystem, bestehend aus einem gut ausgebauten Radweg und zusätzlich, durch einen Grünstreifen und Sicherheitseinrichtungen vom Radweg getrennt, einer Fahrbahn für autonom fahrende Busse.

Die sogenannten People-Mover, die von ZF zur Marktreife entwickelten, autonom fahrenden Busse, beziehungsweise Fahrgastzellen, verrichten bereits erfolgreich auf Flugplätzen und Messegeländen in Europa ihren Dienst. Durch ihre Flexibilität und Vielseitigkeit erfüllen sie alle Anforderungen an ein modernes und umweltfreundliches Verkehrssystem. Die People-Mover können den täglich wechselnden Transportkapazitäten bedarfsgerecht angepasst werden. Sie können mit Ökostrom betrieben werden und verursachen als gummibereifte Fahrzeuge nicht mehr Fahrgeräusche als beispielsweise ein E-Mobil. Anders als bei einer reaktivierten Eisenbahnstrecke bietet der People-Mover als innovatives Verkehrsprojekt die Möglichkeit, die Anliegergemeinden direkt an die Strecke anzubinden und die Innenstädte von Schweinfurt und Kitzingen direkt zu erreichen. Ein gut ausgebauter Radweg ermöglicht auf der vollkommen ebenen Strecke für Fahrradfahrer und E-Biker, schnell zwischen den Gemeinden zu pendeln oder Arbeitsplätze, Geschäfte und Schulen in Schweinfurt und Kitzingen zu erreichen.

Für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie kann mit der Unterstützung des Bundesverkehrsministeriums und des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr gerechnet



werden. Wir wollen vorankommen und auch die zur Verfügung stehenden Fördermittel bei den Ministerien abrufen. Wichtig ist deshalb, dass dieses Pilotprojekt in der Region auch von den Anliegergemeinden und den Aufgabenträgern des Öffentlichen Personennahverkehrs unterstützt wird und alle Beteiligten finanzielle Verantwortung übernehmen.

Auf Einladung der Abgeordneten trafen sich die Bürgermeister aller Anliegergemeinden entlang der ehemaligen Steigerwaldbahn im Rahmen einer Videokonferenz um über neue Chancen und Möglichkeiten einer Modernisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs zu beraten. Staatssekretär Eck begrüßte die Zusage des neuen Eigentümers der Bahnstrecke, die Strecke zwischen Kitzingen und Schweinfurt nicht stückweise zu vermarkten, sondern im Ganzen zu erhalten, um die Durchführung eines solchen Projekts überhaupt zu ermöglichen. Die Mandatsträger konnten ferner berichten, dass es in einer Reihe von Vorgesprächen gelungen war, die Firma ZF in Schweinfurt und die Deutsche Bahn DB Regio Bus als starke Partner zur Verwirklichung des Verkehrssystems zu gewinnen. ZF ist Marktführer für autonom fahrende Busse, während DB Regio Bus der kompetente Partner mit großer Erfahrung im Betrieb von komplexen Transportsystemen ist.

Um die Kommunen der Region einzubinden, schlugen die Mandatsträger die Bildung einer Interessengemeinschaft der Anliegergemeinden vor. Diese könne, besser als jede Gemeinde einzeln, die gemeinsamen Anliegen der Gemeinden bündeln und kraftvoll gegenüber den Verhandlungspartnern vortragen und durchsetzen. Die Teilnehmer verblieben so, dass die Verwirklichung des neuen Verkehrskonzepts im Lauf der kommenden Wochen in den Gemeinden erörtert werden sollen. Ende April wird dann erneut zu einem Treffen eingeladen, um die nötigen Entscheidungen zu treffen. Damit sei garantiert, dass die Anliegergemeinden in alle Entscheidungen eingebunden sind, denn gelingen könne das Projekt nur gemeinsam.



Nun bietet sich den Gemeinden die Möglichkeit, im Rahmen der kommunalen Planungshoheit ihre eigenen planerischen Vorstellungen für das Bahngelände umzusetzen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Mobilitätskonzept der Zukunft zu entwickeln. Es gilt jetzt Brücken zu bauen und alle mitzunehmen. Die Region sollte die Chance ergreifen, dieses in Deutschland einmalige Zukunftsprojekt zu verwirklichen. Der Einsatz modernster Technologie beschert der Region nicht nur einen großen Attraktivitätsgewinn, sondern sichert durch die Einbindung von ZF Arbeitsplätze in Schweinfurt.

→ Ein Video über die autonomen ZF-Bus-Shuttles können Sie hier anschauen:
<https://youtu.be/7DZf4zurJeQ>



Bund fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt

Förderung der Mehrgenerationenhäuser Schwebheim und Schweinfurt

Gute Nachrichten für die 530 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland. Mit dem neuen Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ wird die Förderung für die Mehrgenerationenhäuser nahtlos fortgeführt. „Die Mehrgenerationenhäuser haben gerade im Jahr der Pandemie gezeigt, dass sie einen entscheidenden Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten. Daher haben wir uns bereits erfolgreich dafür stark gemacht, die

Förderung in Höhe von 40.000 Euro auch im kommenden Jahr weiterzuführen“, erklärt die CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber.



Sowohl das Schweinfurter Mehrgenerationenhaus „Treffpunkt Mitte“ (Foto links) als auch das Mehrgenerationenhaus Schwebheim im Bürgerhaus (Foto unten) profitieren von der Förderung. „Besonders

freut es mich, dass beide Häuser in diesem Jahr sogar mit 55.000 Euro gefördert werden“, so Weisgerber weiter. Neben der regulären Förderung erhalten die Häuser jeweils 15.000 Euro zur Umsetzung des Sonderschwerpunktes „Förderung der Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen“ des Bundesbildungsministeriums.

Helmtrud Hartmann, Koordinatorin der Diakonie für die Mehrgenerationenhäuser in Schweinfurt und Schwebheim freut sich über den Förderbescheid und verweist ebenfalls auf die Bedeutung der Institution in der Krise: „Gerade in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig diese verlässlichen Anlaufstellen und die bereits entstandenen Netzwerke geworden sind.“



Das neue Bundesprogramm mit einer Laufzeit von acht Jahren schafft Planungssicherheit. „Die mehrjährige Perspektive schafft für die Mehrgenerationenhäuser eine verlässliche Grundlage für ihre wichtige Arbeit. Denn sie stärken den Zusammenhalt vor Ort und haben mit ihren vielen ehrenamtlich Aktiven gerade während der Pandemie gezeigt, dass Nähe trotz Kontaktbeschränkungen möglich ist“, so Weisgerber weiter. Besonders freut es die Klimabeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass neben der Stärkung der Demokratie und des sozialen Zusammenhaltes sowie der Förderung digitaler Kompetenzen auch das Engagement für ökologische Nachhaltigkeit ein Schwerpunkt des Bundesprogrammes ist.



Frohe und gesegnete Ostern.

Ich wünsche Ihnen in diesem Jahr im kleinen Kreis Ihrer Lieben schöne Feiertage, bleiben Sie gesund!

Ihre Anja Weisgerber



Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344

Fax: 030 227-76343

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen auf den sozialen Medien.



Bildnachweis: Titel Tobias Koch (Portrait); S. 2 Tobias Koch (Brauereien), Pixabay (Impfen); S. 3 DBT / Achim Melde (Plenarsaal); S. 4 DBT / Meldepress/Michael Ebner (Kuppek); S. 5 Privat (CSU); S. 6 Tobias Koch (Klimaziel); S. 7 Pixabay (Kind); S. 8 Privat (Steigerwaldbahn); S. 9 ZF (People-Mover); S. 10 Diakonie Schweinfurt (Mehrgenerationenhäuser); S. 11 DBT / Achim Melde (Ostern)